

**Geschäftsführung
Jugendhilfeausschuss**

Es informiert Sie
Telefon (0202)
Fax (0202)
E-Mail

Norbert Korte
563 25 41
563 80 38
Norbert.Korte@stadt.wuppertal.de

Datum

09.02

Niederschrift über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses (SI/0447/02) am 03.09.2002

Anwesend sind:

Vorsitz

Herr Karl-Friedrich Kühme

von der CDU-Fraktion

Herr Ralf Geisendörfer, Herr Arno Gerlach, Frau Brita Krempel

von der SPD-Fraktion

Frau Christa Stuhlreiter , Frau Gudrun Winkels-Haupt

von der FDP-Fraktion

Frau Brigitte-Marcella Panetta-Jung

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Paul Yves Ramette

berat. Mitglied § 58 I GO NRW

Frau Gabriele Mahnert (Bündnis 90/Die Grünen)

von den Wohlfahrts- u. Jugendverbänden

Herr Eckhard Arens (Caritasverband Wuppertal), Frau Barbara Dudda-Dillbohner (Arbeiterwohlfahrt), Frau Anneliese Füssel (Jugendring), Frau Renate Schäning (Diakonisches Werk Barmen), Herr Günter Schwarz (Jugendring)

als ber. Mitglieder gem. Satzung des Jugendamtes

Herr Reinhard Fliege (Deutsches Rotes Kreuz), Frau Eva Gienger (Arbeitsamt) ab 16.25 Uhr, Frau Barbara Hüppe (DPWV), Herr Hartmut Kumpf (Evang. Kirche), Frau Ursula Reichert (Schulen), Frau Regine Richling (sachkundige Bürgerin), Frau Andrea Sauter-Glücklich (Jugendgericht), Herr Oliver Vogt (Kath. Kirche), Frau Helena Wendt (sachkundige Bürgerin), Herr Dr. Stefan Kühn (Leiter des Geschäftsbereiches Soziales, Jugend und Integration), Herr Thomas Lenz (Leiter des Ressorts Jugendamt und Soziale Dienste)

Vertreter/innen der Verwaltung

Frau Friederike Krentz (Res. 201.0 – Fachbereich Kinder- u. Jugendhilfe), Frau Cornelia Weidenbruch (SB 202 - Tageseinrichtg. für Kinder), Herr Dieter Verst, Herr Peter Krieg (beide Stadtbetrieb 208 - Jugend- & Freizeit)

Schriftführer: Norbert Korte

Beginn: 16:12 Uhr

Ende: 17:08 Uhr

I. Öffentlicher Teil

1 Ergänzungen zur Tagesordnung

Es besteht Einvernehmen, dem Vorschlag des **Vorsitzenden** zu folgen und die erst vor der Sitzung aus gelegten Vorlagen

VO/0461/02 Kulturachse Barmen

VO/0559/02 Gewährung eines Investitionskostenzuschusses an den Verein Waldorfhäuser e.V.

Nach dem Tagesordnungspunkt 8 „Spielgruppenförderung“ zu behandeln.

Frau Mahnert zieht den vor der Sitzung ausgelegten Antrag ihrer Fraktion zu einem Finanzierungskonzept für ein Jugendcafé in Elberfeld auf Nachfrage des Vorsitzenden zurück.

Herr Dr. Kühn kündigt für die nächste Sitzung einen Sachstandsbericht der Verwaltung an. Es sei jedoch fraglich, ob ein Finanzierungskonzept vorgelegt werden könne.

Es besteht Einvernehmen, dem Antrag von **Frau Panetta-Jung** zu folgen und den Tagesordnungspunkt 5 „Anerkennung des Diyanet Türkisch-Islamischer Kulturverein in Wuppertal e.V.“ erneut zu vertagen. Frau Panetta-Jung begründet ihren Antrag mit neuen Informationen über den Verein, die noch geprüft werden müssten.

Frau Winkels-Haupt beantragt für ihre Fraktion, den für den nichtöffentlichen Teil der Sitzung vorgesehenen Tagesordnungspunkt „Einrichtung einer Kinderschutzambulanz am Zentrum für Kinder- und Jugendmedizin (Kinderklinik) in Wuppertal“ in öffentlicher Sitzung zu behandeln.

Im Hinblick auf die von **Herrn Dr. Kühn** vorgetragenen Bedenken wird auf Vorschlag des Vorsitzenden einvernehmlich entschieden, über die Kinderschutzambulanz sowohl im öffentlichen Teil (nach TOP 8) wie im nichtöffentlichen Teil der Sitzung zu beraten.

2 Genehmigung der Niederschrift über die letzte Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 11.06.02

Gegen die Niederschrift über die letzte Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 11. Juni werden keine Einwände erhoben. Die Niederschrift gilt damit als genehmigt.

3 Anliegen der Bezirksjugendräte

Bezirksjugendrat **Jens Sander** berichtet über die Vorbereitungen zur Wahl der Bezirksjugendräte in den weiterführenden Schulen am 13.11.02.

4 Resolution des Jugendhilfeausschusses und des Ausschusses für Soziales und Gesundheit der Stadt Wuppertal gegen die geplanten Kürzungen im Sozialbereich des Landeshaushaltes NRW
Vorlage: VO/0560/02

Frau Hüppe erläutert die Gründe für den vor der Sitzung ausgelegten Resolutionsentwurf.

Der **Vorsitzende** betont, dass die Stadt die vorgesehene Kürzung von Landeszuschüssen auch nicht teilweise ausgleichen kann.

Herr Arens zeigt anhand der von seinem Verband angebotenen Kindererholungsmaßnahmen, die vorwiegend sozial schwachen Familien zugute kommen, die zu erwartenden Folgen für die soziale Landschaft in Wuppertal auf. Aufgaben wie die Kindererholung müssten dann künftig nicht nur zurückgefahren, sondern gänzlich gestrichen werden.

Herr Dr. Kühn weist darauf hin, dass die Kürzungen noch nicht beschlossen worden sind. Man müsse jetzt erst einmal abwarten, ob nicht im Zuge der parlamentarischen Beratungen noch Korrekturen am Haushaltsplan-Entwurf der Landesregierung vorgenommen werden.

Herr Gerlach und **Frau Winkels-Haupt** sprechen sich für ihre Fraktionen für die Verabschiedung der Resolution aus.

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 03.09.2002:

Der Jugendhilfeausschuss unterstützt den von der Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege vorgelegten Resolutionsentwurf gegen die geplanten Kürzungen im Sozialbereich des Landeshaushaltes NRW, der folgenden Wortlaut hat:

Im Zuge der städtischen Haushaltskonsolidierung werden in Wuppertal von allen Beteiligten aus Politik, Wohlfahrtsverbänden und Stadtverwaltung große Anstrengungen unternommen, unvermeidbare Kürzungen so vorzunehmen, dass nicht die soziale Infrastruktur an einzelnen Stellen zusammenbricht.

Trotzdem sind die bisherigen Sparmaßnahmen im Sozialbereich schon jetzt nicht folgenlos für die betroffenen Arbeitsgebiete und damit für die hilfeschenden Bürgerinnen und Bürger. So ist eine ständige Fallzahlerhöhung in der Jugendhilfe ein schleichernder Abbau, der von außen kaum bemerkt wird, der aber in den betroffenen Familien erhebliche Auswirkungen hat.

Zudem haben die bisherigen Einsparungen des Landes, wie z.B. im Bereich der ambulanten komplementären Dienste und der Nachversorgung von Jugendlichen zur Einschränkung von Leistungen geführt.

Mit großer Besorgnis sind die Kürzungspläne der Landesregierung im Sozialbereich in Wuppertal aufgenommen worden.

Kürzungen von Landesprogrammen greifen direkt in den kommunalen Haushalt und die Angebote und Dienste von Wohlfahrtsverbänden und sozialen Organisationen ein und sind nicht mehr zu kompensieren. Für viele soziale Hilfen in Wuppertal würde dies das gänzliche Aus bedeuten.

Aufgabenfelder, die direkt betroffen sind, wären aus derzeitiger Sicht:

- Kur und Erholungsangebote
- Erziehungsberatungsstellen

- Gesetzliche Betreuung: hier die Förderung der ehrenamtlichen BetreuerInnen
- Offene und präventive Jugendarbeit
- Zufluchtsstätten für misshandelte Frauen
- Betreuung suchtabhängiger und HIV-infizierter Menschen
- Schuldnerberatung
- Vermittlungsstelle für gemeinnützige Arbeit
- Sexualtäterberatungsstelle
- Täter/ OpferAusgleich

Besonders hervorheben möchten wir die Situation von sozial benachteiligten Kindern und von Senioren/innen mit geringem Einkommen.

Nach den Plänen der Landesregierung sollen Erholungsmaßnahmen für diese Zielgruppen zukünftig ersatzlos wegfallen.

Allein für Wuppertal bedeutet das, dass weit mehr als 1.000 Kinder, schon das Jahr über im Alltag ständig sozial benachteiligt, nun auch in den Ferien allein auf sich gestellt sind, ohne Betreuung, ohne Beschäftigung, ohne Erholung. Mehrere 100 zu ehrenamtlicher Tätigkeit bereite Studenten/innen und Schüler/innen werden nicht mehr benötigt.

Die Mitglieder des JHA und des SGA warnen dringend vor einer Gefährdung des gemeinsam getragenen sozialen Gefüges unserer Stadt.

Die rigorosen Streichungen dürfen nicht Realität werden, damit das soziale Gesicht und die soziale Sicherheit in unserer Stadt erhalten bleiben.

Wir fordern daher das Land NRW auf, seinen sozialen Verpflichtungen gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern nachzukommen und die Kommunen in die Lage zu versetzen, menschenwürdige Gemeinwesen gestalten zu können.

Der Jugendhilfeausschuss und der Ausschuss für Soziales und Gesundheit der Stadt Wuppertal unterstützen die Aktion der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege

„Geschlossen g(w)egen Sozial-Kahlschlag“

Einstimmigkeit

5 Wahl eines neuen stellvertretenden Mitglieds für den Unterausschuss Jugendhilfeplanung

Keine Wortmeldung!

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 03.09.2002:

Frau Barbara Hüppe wird als Nachfolgerin von Herrn Bahr zur Stellvertreterin von Frau Pfr. Schäning in den Unterausschuss Jugendhilfeplanung gewählt.

Einstimmigkeit

**6 Anerkennung des "Diyanet Türkisch-Islamischer Kulturverein in Wuppertal e.V." nach § 75 KJHG als Träger der freien Jugendhilfe
Vorlage: VO/0258/02**

Vertagt auf die nächste Sitzung am 19.11.02 (vgl. TOP 1)

7 Antrag der FDP-Fraktion zur Zusammenarbeit von Schule und Politik vor Ort - Begleit Antrag zur Drs.-Nr. VO/0141/02 - Vorlage: VO/0387/02

An der Diskussion beteiligen sich der Vorsitzende, Frau Winkels-Haupt, Frau Mahnert, Herr Gerlach und Herr Dr. Kühn.

Der **Vorsitzende** betont, dass einem Beschluss auch eine praktische Aktion folgen muss. Der Geschäftsbereich sollte deshalb mit Unterschrift der Verwaltungsspitze die Schulen auf das Angebot der Politik in geeigneter Form hinweisen.

Frau Mahnert schlägt vor, auch den Schulausschuss mit dem Thema zu befassen. Sie sieht es als sinnvoll an, über die Bezirksjugendräte die Schülerinnen und Schüler für Politik zu interessieren.

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 03.09.2002:

Der Antrag der F.D.P-Fraktion, dass die Stadtverordneten den Politikunterricht an den Schulen aktiv begleiten, wird unterstützt. Die Verwaltung wird beauftragt, die Schulen auf das Angebot der Politik hinzuweisen.

Gemäß § 8 (3) der Geschäftsordnung des Rates der Stadt gilt der Antrag damit als erledigt.

Einstimmigkeit

8 Antrag der CDU-Fraktion: Ersatzfläche für Bolzplatz Giesenberg Vorlage: VO/0529/02

Herr Dr. Kühn berichtet, dass die Verwaltung eine Lösung gefunden hat. Der Bolzplatz Giesenberg müsse nicht mehr in Anspruch genommen werden. Die Klassenraummodule für die Kath. Grundschule Wichlinghauser Straße könnten während der Renovierungszeit auf der ganz in der Nähe liegenden unbebauten Teilfläche des ehemaligen Sportplatzes Matthäusstr./Rathenaustr. aufgestellt werden.

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 03.09.2002:

Dem Vorschlag der Verwaltung, während der Renovierungszeit der Kath. Grundschule Wichlinghauser Str. Klassenraummodule auf dem ehemaligen Sportplatz Matthäusstr./ Rathenaustr. aufzustellen, wird vorbehaltlich der Beratung im Schulausschuss zugestimmt.

Einstimmigkeit

9 Spielgruppenförderung Vorlage: VO/0149/02

Frau Weidenbruch antwortet auf Nachfrage von **Herrn Ramette**, dass der Bedarf an Spielgruppen wegen der besseren Versorgung mit Kindergartenplätzen zurückgeht.

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 03.09.2002:

1. Für die Zeit vom 01.09.2002 bis 31.07.2003 werden Spielgruppen von Trägern der freien Jugendhilfe in allen Stadtbezirken, in denen der Rechtsanspruch derzeit noch nicht erfüllt ist, mit einem Zuschuss von monatlich 64,00 EUR für jeden tatsächlich belegten Platz finanziell gefördert, soweit keine freien Kindergartenplätze im Stadtbezirk zur Verfügung stehen.
2. Die in der Anlage beigefügten Bewilligungsbedingungen werden beschlossen.

Einstimmigkeit

**10 Regionale 2006: Realisierung des Zukunftsprojektes Kulturachse Barmen
Vorlage: VO/0461/02**

Herr Dr. Kühn erläutert die Vorlage, soweit sie den Aufgabenbereich des Jugendhilfeausschusses betrifft. Der Barmer Bahnhof stehe als Ersatzstandort des Hauses der Jugend am Geschwister-Scholl-Platz nicht zur Verfügung. Es werde angestrebt, die verschiedenen Bereiche im Gebäude Geschwister-Scholl-Platz besser miteinander zu vernetzen. Es gehe darum, die Regionalefähigkeit des Projektes sicherzustellen.

Herr Dr. Kühn weist darauf hin, dass die vor der Sitzung ausgelegte Vorlage nicht dem letzten Beschlussstand des Verwaltungsvorstandes entspricht. Auf der Seite 3 müsse unter „Aufwertung der Barmer City“ der Punkt „Einbindung des Synagogenbereiches“ aus finanziellen Gründen gestrichen werden.

An der Diskussion beteiligen sich **Frau Winkels-Haupt** und **Herr Gerlach**, die sich positiv zur Verwaltungsvorlage äußern.

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 03.09.2002:

- 1) Die Durchführung eines städtebaulichen Ideenwettbewerbs zur Erarbeitung eines städtebaulichen Rahmenplanes für die Kulturachse Barmen unter den in der Begründung genannten Rahmenbedingungen wird beschlossen.
- 2) Für den südlichen Bahnhofsbereich sind gemeinsam mit der DB-Imm Entwicklungsvorstellungen zu konkretisieren. Danach ist die Entscheidung über die gemeinsame Durchführung eines Investorenwettbewerbs herbeizuführen.

Einstimmigkeit

**11 Gewährung eines Investitionskostenzuschusses an den Verein Waldorfhaus e.V.
Vorlage: VO/0559/02**

Der **Vorsitzende** erläutert die erst vor der Sitzung ausgelegte Vorlage. Es gehe darum, die Finanzierung des Neubaus der Einrichtung bis zu der im kommenden Jahr zu erwartenden Bewilligung der Landesmittel durch den Landschaftsverband sicherzustellen.

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 03.09.2002:

1. Dem Verein Waldorfhaus wird zu den Kosten des Neubaus der Tageseinrichtung für Kinder Schluchtstr. / Am Kothener Bach ein Zuschuss in Höhe 933.080,00 EUR gewährt.

2. Der auf das Land NRW entfallende Zuwendungsanteil in Höhe von rund 425.000,00 EUR wird in Erwartung auf die erneute Bereitstellung zunächst vorfinanziert.

Einstimmigkeit

12 Einrichtung einer Kinderschutzambulanz am Zentrum für Kinder- und Jugendmedizin (Kinderklinik in Wuppertal)

Herr Dr. Kühn bedauert, dass sich eine Kinderschutzambulanz in der beabsichtigten Form wegen der schwierigen finanziellen Situation einiger der beteiligten Träger und der Stadt nicht realisieren lässt. Betriebskosten in Höhe von 250.000 € jährlich könnten zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht aufgebracht werden.

An der anschließenden Diskussion beteiligen sich der Vorsitzende, Frau Sauter-Glücklich und Herr Schwarz. Es besteht Übereinstimmung, dass eine Kinderschutzambulanz aus fachlicher Sicht auf jeden Fall notwendig ist.

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 03.09.2002:

Der Bericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Einstimmigkeit

13 Berichte

13.1 Rahmenvertrag mit der Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege

Herr Dr. Kühn berichtet, dass die Verwaltung den Verbänden der freien Wohlfahrtspflege aufgrund des im vergangenen Jahr erteilten Auftrages Verhandlungen über den Abschluss eines Rahmenvertrages für die Gewährung der Zuschüsse angeboten hat. Allerdings habe nur der DPWV Interesse gezeigt. Der Vertragsentwurf mit dem DPWV sei weitgehend fertiggestellt. Die Eckpunkte des Vertrages könnten in der nächsten Sitzung des Ausschusses vorgestellt werden. Der Vertragsentwurf führe aber nicht zu der von den freien Trägern gewünschten finanziellen Planungssicherheit. Sei müsse weiterhin bei einem Haushaltsvorbehalt bleiben.

13.2 Auszahlung der Zuschüsse 2002/2003 an die freien Träger aus dem Jugend- und Sozialbereich

Herr Dr. Kühn berichtet über die positiv verlaufenden Gespräche mit dem Stadtkämmerer. Bei einer ganzen Reihe von Zuschusspositionen habe Stadtkämmerer trotz der Vorgaben der Vorläufigen Haushaltsführung im Sinne der vom Rat der Stadt gefassten Beschlüsse entschieden. Insbesondere die Jugendarbeit könne verstärkt werden.

13.3 Anmeldeverfahren zur Belegung von Kindergarten- und Kindertagesstättenplätzen in Tageseinrichtungen für Kinder

Vor der Sitzung ist ein Papier mit den einzelnen Verfahrensschritten für das Anmeldeverfahren ausgelegt worden. **Frau Weidenbruch** weist darauf hin, dass die

Arbeitsgemeinschaft 1 „Kinderbetreuungsarbeit“ nach § 78 KJHG sich bereits seit Beginn ihrer Tätigkeit zur Aufgabe gemacht habe, dieses Anmeldeverfahren kontinuierlich zu verbessern und den aktuellen Erfordernissen anzupassen.

13.4 Integrierte Stadtteilentwicklung in Wuppertal
Vorlage: VO/0524/02

Herr Dr. Kühn betont, dass es sich bei den in der Vorlage genannten Beauftragten für Stadtteilarbeit keineswegs um die bereits diskutierten - zusätzlich einzustellenden - Stadtteilmanager handelt. Um Missverständnissen vorzubeugen, müsse es im letzten Satz der Vorlage deshalb besser heißen: „Die Arbeit wird im Herbst des Jahres aufgenommen.“ Die Beauftragten sollten sich vorwiegend - zu etwa 70 % - mit der Entwicklung und Realisierung von Aktivitäten im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe befassen.

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 03.09.2002:

Der Bericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Einstimmigkeit

13.5 Kennzahlen der Jugendhilfe (Eckdaten der Hilfen zur Erziehung im Ressort 201), 2. Quartal 2002
Vorlage: VO/0373/02

Keine Wortmeldung!

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 03.09.2002:

Der vorgelegte Bericht wird zur Kenntnis genommen

Einstimmigkeit

13.6 Kennzahlen der Sozialhilfe (Eckdaten der Hilfe zum Lebensunterhalt) 2. Quartal 2002
Vorlage: VO/0372/02

Herr Dr. Kühn antwortet auf Fragen von **Herrn Ramette** zur Entwicklung der Zahl der Sozialhilfeempfänger/innen in den einzelnen Altersgruppen.

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 03.09.2002:

Der vorgelegte Bericht (Eckdaten der Hilfen zum Lebensunterhalt) wird zur Kenntnis genommen.

Einstimmigkeit

13.7 Kennzahlen der Beistandschaft (Eckdaten des Fachbereichs Unterhalt im Ressort 201), 2.Quartal 2002
Vorlage: VO/0504/02

Keine Wortmeldung!

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 03.09.2002:

Der vorgelegte Bericht der Kennzahlen der Beistandschaft, 2. Quartal 2002, wird zur Kenntnis genommen.

Einstimmigkeit

13.8 Kennzahlen der Heranziehung (Eckdaten des Fachbereichs Unterhalt im Ressort 201), 2.Quartal 2002

Vorlage: VO/0510/02

Keine Wortmeldung!

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 03.09.2002:

Der vorgelegte Bericht der Heranziehung, 2. Quartal 2002, wird zur Kenntnis genommen.

Einstimmigkeit

**14 Wahl der Bezirksjugendräte
- Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung -
Vorlage: VO/0542/02**

Frau Panetta-Jung weist darauf hin, dass nach § 3 (1) der überarbeiteten Wahlordnung dem Wahlausschuss ein/ eine vom Jugendhilfeausschuss benannter/benannte Vertreter/ Vertreterin angehört.

Der **Vorsitzende** schlägt Frau Panetta-Jung zur Wahl vor.

Frau Panetta-Jung stellt sich nicht zur Wahl. Sie schlägt vielmehr ihrerseits Herrn Suika als Vertreter des Jugendhilfeausschusses im Wahlausschuss vor.

Herr Suika wird einstimmig gewählt.

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 03.09.2002:

Der Dringlichkeitsentscheidung nach § 60 GO NRW zur Wahlordnung für die Wahl der Bezirksjugendräte wird zugestimmt.

Herr Suika vertritt den Jugendhilfeausschuss im Wahlausschuss für die Wahl der Bezirksjugendräte.

Einstimmigkeit

15 Wünsche und Anregungen

Frau Richling stellt das für den 12. Sept. geplante Diskussionsforum „Adler rufen“ mit den Wuppertaler Bundestagskandidaten vor, das von der Trägerkonferenz der Wuppertaler Jugendeinrichtungen gemeinsam mit dem Stadtbetrieb Jugend & Freizeit, der Westdeutschen Zeitung und dem Jugendring im Haus der Jugend Barmen organisiert wird.

Kühme
Vorsitzender

Korte
Schriftführer